



Zollchef Bock in Grenz-Turbulenzen

An den Grenzübergängen soll der Service abgebaut werden – das brüskiert Deutsche und den Kanton Aargau.

Henry Habegger



Die Öffnungszeiten an den Übergängen in Koblenz und Stein an der Grenze zum Aargau sollen reduziert werden. Bild: Alex Spichale

Bisher sorgte das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) unter dem Direktor Christian Bock regelmässig im Inland für Turbulenzen: Wegen des gesetzlich mangelhaft abgestützten Grossumbaus der ehemaligen Zollverwaltung, des finanziell abenteuerlichen Transformationsprojekts DaziT, des windschiefen Entwurfs für ein neues Zollgesetz, der umstrittenen Fusion der Berufsbilder Zöllner und Grenzwächter, der Abschaffung des Grenzwachtkorps, der Bewaffnung und Uniformierung des Grossteils der Belegschaft und anderem mehr.

Jetzt sorgt das Wirken von Zolldirektor Bock auch in Deutschland für gröbere Irritationen. Das Ministerium für Verkehr des Bundeslandes Baden-Württemberg zeigt sich in einem Brief an den Schweizer Zollchef «sehr irritiert» über die «ge-

planten Reduzierung der Öffnungszeiten» bei den Übergängen Koblenz und Stein an der Grenze zum Kanton Aargau.

Bernhard Friess, Amtschef im Verkehrsministerium Baden-Württemberg, weist im Schreiben darauf hin, dass genau das Gegenteil vereinbart war. Eine mit dem Kanton Aargau und unter Einbezug verschiedener Schweizer Bundesstellen durchgeführte Verkehrsstudie habe erst letztes Jahr aufgezeigt, «dass die Kapazitäten der Grenzübergänge am Hochrhein nicht ausreichen und deshalb dringend neue Übergänge nötig sind.»

Der Hochrhein sei ein aufs Engste verflochtener Grenzraum, der auf offene Grenzen dringend angewiesen sei. Das «eindeutige Ergebnis» der Studie sei: «Wir brauchen mehr – nicht weniger Kapazität an den Grenzübergängen.» Die Deutschen ersuchen

Bock daher, Einschränkungen und Erschwernisse für die Menschen an den Grenzübergängen «zu vermeiden».

In der Tat unterzeichnete der Kanton Aargau im September 2020 einen «Letter of Intent», eine Absichtserklärung, mit Baden-Württemberg, der «die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen entlang des Hochrheins» bezweckt.

«Die Grenzregion Hochrhein-Bodensee ist sowohl für die Schweiz als auch für Deutschland ein bedeutender Wirtschaftsraum», steht in der Erklärung. Allerdings habe das Verkehrsaufkommen zuletzt kontinuierlich zugenommen und werde weiter zunehmen, «gerade im Bereich des Güterverkehrs». Folge: «Die Grenzübergänge kommen immer mehr an ihre Leistungsgrenze,



insbesondere stehen der Personen- und Güterverkehr in direkter Konkurrenz um die Kapazitäten an den Grenzübergängen und den Zollstellen.»

Zeitnahe über «Massnahmen» diskutieren

Und in dieser Situation will das BAZG die Öffnungszeiten an zwei Grenzübergängen reduzieren? Auch die Aargauer Regierung wird tätig. Regierungssprecher Peter Buri bestätigt, dass die Aargauer Regierung Kenntnis von den Reduktionsplänen des Zolls und der Irritation der deutschen Nachbarn habe. Buri hält fest: «Der Regierungsrat wird die Angelegenheit zeitnahe beraten und über mögliche Massnahmen entscheiden.» Fest steht, dass der Kanton Aargau und das deutsche Bundesland angesichts der zunehmenden Engpässe die Planung neuer Verkehrswege angehen. «Neue Brücken sollen vor allem die betroffenen Gemeinden vom Verkehr entlasten (zum Beispiel Koblenz). Eine neue Zollstelle wird es allenfalls bei einer neuen Rheinquerung in Sisseln geben», so der Aargauer Regierungssprecher Buri.

Der «Letter of Intent» zwischen Baden-Württemberg und dem Aargau sei beim Bund verbrieft und in der Amtlichen Sammlung abgelegt, so Buri. Das BAZG kann also nicht geltend machen, es habe davon nichts gewusst. Zudem berichtete CH Media wiederholt darüber.

Nationalrätin Sarah Wyss (SP, BS), Chefin der Zollgewerkschaft Garanto, thematisiert die Sache in der Fragestunde im Bundes-

haus vom nächsten Montag. Sie will wissen, ob weitere solche Einschränkungen geplant seien und weshalb. Was das BAZG unternehme, um den regionalen Austausch weiterhin zu gewährleisten. Stellung nehmen muss Bocks neue Chefin, Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP).

Mit Hinweis auf die bevorstehende bundesrätliche Antwort in der Fragestunde wollte das BAZG gegenüber CH Media keine Stellung zur Sache nehmen. Auch eine neuerliche Interviewanfrage mit Direktor Bock wies das BAZG ab.

Den Brückenbauer zur EU verärgern?

Die Sache hat eine weitere Dimension: Baden-Württemberg warnt, das Vorgehen des Zolls wirke sich negativ auf das Verhältnis der Schweiz zu Europa aus. «Auch vor dem Hintergrund der grossen Bemühungen, die Schweiz und die Europäische Union nach dem Scheitern des Institutionellen Rahmenabkommens wieder näher zusammenzubringen, halten wir die von den geplanten Massnahmen ausgehende Symbolik für ungünstig.» Das ist insofern brisant, als sich das Bundesland Baden-Württemberg unter Ministerpräsident Winfried Kretschmann bisher als Brückenbauer zwischen der EU und der Schweiz sah. Kretschmann hatte dies noch im letzten Juni betont, als Bundespräsident Ignazio Cassis (FDP) in Stuttgart vorstellig wurde.

Auch Sarah Wyss ist besorgt über die Pläne des BAZG: «Eine Einschränkung belastet die Beziehungen zur EU noch stärker und widerspricht den Bestrebungen, diese Beziehungen zu

verbessern. Hinzu kommt, dass der Zoll sich derzeit in einer grossen Transformation befindet und eine solche Änderung zu einer Unzeit kommt.»

«Eine Einschränkung belastet die Beziehungen zur EU noch stärker und widerspricht den Bestrebungen, diese Beziehungen zu verbessern.»

Sarah Wyss
Zollgewerkschaft Garanto